

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Vergütungen für die deutschen Auslandsvertreter

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Vergütungen für die deutschen Auslandsvertreter, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 2, pp. 7-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131042>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Wespennest - Internationale Gespräche um die Saar

Die französische Einstellung

Aus Paris:

Die Freunde der deutsch-französischen Verständigung in Deutschland selbst beschwerten sich darüber, daß die französische Haltung in der Saardiskussion der letzten Wochen den nationalistischen Elementen in Deutschland billige Argumente für ihre Propaganda in die Hand gespielt habe. In Frankreich sieht man den Verlauf dieser Diskussion jedoch wesentlich anders. Denn gerade dieser schlummernde und nicht überwundene Hypernationalismus der Deutschen ist ja das Argument, welches in Frankreich allen denen immer wieder vorgehalten wird, die sich in Paris um die Verständigung mit Deutschland bemühen. Der Augenblick war ungünstig: man nahm in Paris Anstoß daran, daß der deutsche Nationalismus gerade zur Zeit der Reise des französischen Außenministers Schuman die Saar aufs Korn nahm. Dies konnte nur allzuleicht dazu führen, daß aus den Argumenten, die die Freunde Deutschlands bis dahin immer hatten widerlegen können, ein Instrument werden würde, das den einstweilen noch schwankenden Bau der deutsch-französischen Beziehungen aufs Schwerste zu erschüttern drohte.

Während man also in Deutschland die Dinge so darzustellen gewohnt ist, als ob die französische Abwehr des deutschen Vorstoßes den Nationalismus in Deutschland erst auslöse, hält man von Frankreich her die Äußerungen dieses Nationalismus für eine Art von Provokation. Man kann sich in Deutschland gar nicht lebhaft genug vorstellen, wie sehr der Vergleich zwischen der deutschen Reaktion auf die Abtrennung der Länder jenseits der Oder-Neiße-Linie

und der deutschen Reaktion in der Saarfrage zu einer Belastung für die deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen zu werden drohte.

Dazu kam, daß man von deutscher Seite im Augenblick der verschiedenen Saarabstimmungen nach dem Kriege sich zu dem Problem kaum geäußert hatte, so daß es den Franzosen völlig unverständlich war, warum die deutschen Minister die Saar gerade jetzt in den Vordergrund der Debatte stellten.

Denn man darf schließlich eines nicht vergessen: die Franzosen haben sich die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts im Saargebiet nach dem Kriege viel kosten lassen. Sie haben insbesondere schon im Jahre 1945 erhebliches Ausrüstungsmaterial für die saarländischen Kohlengruben aus England kommen lassen und haben dieses Material trotz ihrer eigenen Devisenknappheit aus ihren Mitteln in englischen Pfunden bezahlt. Dieses rein kaufmännische Investierungsargument ist in der öffentlichen Debatte kaum erwähnt worden, aber es hat — von allen gefühlsmäßigen und politischen Erwägungen abgesehen — zur Unnachgiebigkeit des Quai d'Orsay wohl beigetragen.

Dazu kommt das Problem der Abhängigkeit des Saarlandes von seinem wirtschaftlichen „Hinterland“. Von deutscher Seite empfindet man die Tatsache, daß das

Saarland deutsche Absatzgebiete für das Gedeihen seiner Wirtschaft nötig hat, als einen Grund zu wirtschaftlicher Verbindung zwischen der Saar und Deutschland. Die Franzosen aber halten dem entgegen, daß das Problem des „Hinterlandes“ sich nicht so maßgeblich auf die Absatzmöglichkeiten der Fertigwarenindustrie beziehe, als auf die Verwachsung der schwerindustriellen Komplexe. In dieser Hinsicht besteht zweifellos eine Verwandtschaft zwischen dem saarländischen Kohlengebiet und den lothringischen Erzen.

Diese Verwandtschaft ist übrigens in der Vergangenheit auch schon von deutscher Seite betont worden, und zwar einmal, als nach der für Deutschland günstigen Abstimmung im Saarland 1935 eine besondere Nothilfeaktion für die Saar in Gang gesetzt wurde, zu deren Begründung man erklärte, daß die wirtschaftliche Lage des Saargebietes infolge der Trennung von den lothringischen Erzgruben ohne eine besondere Aktion unhaltbar geworden sei, und zum anderen in der Tatsache, daß das Nazi-Reich in dem sogenannten Gau „Westmark“ Saarland und Lothringen nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich zu einer Wirtschaftseinheit verband.

Die Franzosen haben diese Ereignisse nicht vergessen und spielen noch heute darauf an, wenn man von deutscher Seite die Verbindung der Saar mit dem französischen Wirtschaftsraum nicht als notwendig einsehen will. (R.)

Synthese der britischen Auffassungen

Aus London:

Wenn man die vielen britischen Äußerungen zum Saarproblem auf einen einheitlichen Nenner bringen soll, so kann man dies als die Essenz der verschiedenen Meinungen bezeichnen: So wie die Saar-

frage sich gegenwärtig darbietet, enthalten sowohl die deutsche wie die französische Auffassung berechnete Gesichtspunkte; Sicherheit steht gegen Nationalbewußtsein, Selbstbestimmung gegen europäische Politik und natürliche

Wirtschaftssynthese gegen labile Neigungen von Grenzvölkern. Der Ausweg kann nur gefunden werden, wenn die drei Beteiligten — Saarländer, Deutsche und Franzosen — sich wie vernünftige erwachsene Menschen, nicht wie eigenwillige kleine Kinder benehmen. Eine befriedigende Lösung kann nicht durch Rückblicke auf eine historische überholte Vergangenheit, sondern nur durch Ausblick in eine „tragfähige“ Zukunft gefunden werden.

Diese Synthese der britischen Auffassung entspringt drei typischen Einzel-Meinungen: Die erste ist formalistisch betont. Als „Provisorium“ sei die Autonomie der Saar in Wirtschaftsunion mit Frankreich geschaffen worden, ein Provisorium, daß die Billigung der Saarländer und auch der beiden westlichen Verbündeten Frankreichs, Großbritanniens und der USA., gefunden hätte. Sowohl die Bindung an das gegebene Wort als auch die Notwendigkeit, keinerlei Riß in der britisch-französischen Allianz zuzulassen, machten es für England unmöglich, in das Provisorium und dessen Befestigung einzugreifen, bis in einer endgültigen Friedensregelung das Saarproblem erneut und grundsätzlich erörtert werde. Eine Unterstützung derartiger Überprüfungswünsche im Zeitpunkt einer endgültigen Regelung sei von England stets zu erwarten. Allerdings könne sich Deutschland in seiner gegenwärtigen beschränkten Souveränität, die eine Art demokratischer Bewährungsfrist darstelle, mit übertriebenen Forderungen oder gar mit Drohungen, es werde an der Vereinheitlichung Westeuropas nur bei Erfüllung bestimmter Bedingungen mitarbeiten, nur schaden.

Die zweite typische britische Meinung ist ausgesprochen sicherheitsbetont. Deutschland wird als der Unruheherd Europas empfunden. Die Erinnerung, nicht an dieses oder jenes Ziel, diese oder jene Errungenschaft des Nationalsozialismus, sondern an sein Endergebnis, wirkt mit derartiger Intensität, daß jede unüberlegte Äußerung eines deutschen Politikers nicht nur durch diese Er-

innerung vielfach verstärkt wird, sondern auch die — bekanntlich schwer zu kontrollierende — Angst der Menschen und der Völker erneut aufflammen läßt. Jede vorübergehende Abtrennung von Machtquellen, wie Kohle und Stahl, von Deutschen, die jeden Augenblick lichterloh in nationalen Flammen stehen können, wird als ein Zuwachs an Sicherheit, nicht nur für Frankreich, sondern für Westeuropa gewertet und aus diesem Grunde begrüßt.

Man kann es als sehr hoffnungsvoll bezeichnen, daß die dritte typische Meinung in England einen Weg zeigt: den Weg ernsthafter europäischer Zusammenarbeit, bei der alle Beteiligten Opfer an ihrer Souveränität bringen — voran Deutschland, das „in

Sünde gefallen war“, aber auch die anderen westeuropäischen Staaten. Diese „europäisch“ betonte Ansicht zum Saarproblem sieht in den Bemühungen von Adenauer und Schuman um deutsch-französische Verständigung, in den Vorschlägen zum gleichzeitigen Eintritt Westdeutschlands und der Saar in den Europa-Rat, in den Bestrebungen, das Ruhrstatut für weitere Teile der europäischen Schwerindustrie anzuwenden, nicht zuletzt in den Erfolgen der Marshallplanländer mit der Liberalisierung des Handels und im Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags sehr viel positivere Ansätze zur Lösung der Saarfrage als in zwar verständlichen aber übereilten und überspitzt nationalistischen Anklagen. (Gw)

Die Meinung der Holländer

Aus Hemsteede:

Die Zuspitzung der Saarfrage mit den damit verbundenen peinlichen Rückwirkungen auf die Einbeziehung Deutschlands in die europäische Wirtschaftseinheit, wird, obwohl es ja eigentlich eine deutsch-französische Angelegenheit ist, von niederländischen politischen und wirtschaftlichen Kreisen außerordentlich bedauert. Denn gerade Holland hat auf allen Konferenzen, die sich mit der Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit befaßten, immer wieder die Einbeziehung Deutschlands gefordert. Trotzdem kann man hier im Augenblick noch nicht von einer offiziellen Stellungnahme zu den deutschen Angelegenheiten sprechen, da erst in den nächsten Wochen die eigentlich schon lange fällige, aber wegen der Entwicklung in Indonesien immer wieder zurückgestellte Aussprache über das deutsch-holländische Verhältnis im holländischen Parlament stattfinden soll.

Im Hinblick darauf ist es bedauerlich, wenn man feststellen muß, daß die Äußerungen deutscher Staatsmänner und Parlamentarier im Zusammenhang mit dem Saarproblem keinen angenehmen Eindruck gemacht haben. Man versteht hier vor allem nicht, wie es möglich ist, daß man den Justizminister Dr. Dehler nach seiner

Hamburger Rede nicht schärfer zur Verantwortung gezogen hat. Deutschland wird in der ganzen Welt als ein Rekonvaleszent angesehen, über dessen Bett eine Fieberkurve hängt. Und diese Fieberkurve hat in den vergangenen Tagen gewaltige Sprünge gemacht, die die Ärzte zu bedenklichem Stirnrunzeln veranlaßt.

Was die Internationalisierung des Saargebietes angeht, so unterstützt auch Holland diesen Gedanken, natürlich im Zusammenhang mit einer Internationalisierung des gesamten westeuropäischen Industriebeckens. Im übrigen sollte eine endgültige Regelung des Saarproblems der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben.

Zweifelloos spielt die scharfe Behandlung der Saarfrage den nationalistischen Kreisen in Deutschland höchst willkommenes Propagandamaterial in die Hände. Was uns und auch die übrige Welt vor allem im Augenblick mit großer Sorge erfüllt, ist die Tatsache, daß man von deutscher Seite immer wieder durchscheinen läßt, man sei, wenn der Westen nicht so wolle wie Deutschland, dann auch zum Zusammengehen mit Rußland geneigt, das doch wirtschaftlich so verlockende Angebote mache. Man will auf alle Fälle die Tür nicht zuschlagen, und man hofft, daß man mit dem Kommunismus fertig wer-

den wird, so wie man 1932 hoffte, mit Hitler fertig zu werden. Was wir in Westeuropa gerade im gegenwärtigen Augenblick aber gern sehen möchten, ist eine bestimmte Stellungnahme Westdeutschlands, die besagt: „Wir wollen ein für alle Mal nichts mehr mit dem Kommunismus zu tun haben. Wir haben uns für den Westen entschieden.“ Eine solche Erklärung

Ist das Saarproblem eine Taktfrage?

Wir haben uns nicht gescheut, vor der Weltöffentlichkeit zuzugeben, daß es den deutschen Politikern in der Behandlung internationaler Fragen und in öffentlichen Reden manchmal am nötigen Takt gefehlt haben mag. Wir wissen wohl, daß wir uns damit manche Chance verscherzt haben und zu mancher internationaler Verwicklung beigetragen haben. Es wäre aber nun ein zu billiges Argument, jede Äußerung deutscher Politiker mit dem Hinweis auf Mangel an Takt desavouieren zu wollen. Wir wissen, daß wir keine große Politik machen können. Und in der Saarfrage wollen wir das auch gar nicht. Es wäre aber auch nicht richtig, zu schweigen. Es wissen die Franzosen sowohl wie die Engländer, die Holländer und vielleicht sogar die Amerikaner, daß das Saargebiet ein Stück deutsches Land ist. Es ist bei unserer wirtschaftlichen Armut wohl nicht zu verwundern, wenn wir nicht stillschweigend der kalten Abtrennung eines wirtschaftlich so reich ausgestatteten Gebietes zusehen wollen. Daß Herr Hoffmann aber dabei ist, mit französischer Unterstützung ein fait accompli zu schaffen, dürfte kaum zu bestreiten sein. Die Bereitwilligkeit der Engländer zu einer Nachprüfung des Saarproblems anläßlich der Friedensverhandlungen dürfte für uns selbst dann zu spät kommen, wenn dafür schon ein Termin feststände, denn inzwischen dürfte die zu erwartende Verteilung der Produktionskontingente auf Grund der derzeitigen Kapazitäten schon abgeschlossen sein. Und wir haben es sehr dringend nötig, alle uns verbliebenen Reserven wahrzunehmen, wenn wir nach Ablauf der Auslandshilfe

würde selbstverständlich einen noch stärkeren Flüchtlingsstrom aus der Ostzone zur Folge haben. Doch wir sind davon überzeugt, daß die westliche Welt sich, nachdem Westdeutschland diese eindeutige Stellung eingenommen hätte, auch nicht verschließen würde, an der ungeheuer schwierigen Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems mitzuhelfen. (ket)

nur einigermaßen auf eigenen Füßen stehen wollen. Die Saar ist eine wesentliche Frage unseres Wirtschaftspotentials, und dessen Erhaltung steht uns heute näher als die theoretische Auseinandersetzung darüber, ob Lothringen oder Deutschland das wirtschaftliche Hinterland des Saargebiets darstellen müßte.

Die Internationalisierung der Saargruben könnte nur eine politische, nicht aber eine wirtschaftliche Lösung des Problems bringen. Sie wird stets nur eine formal völkerrechtliche, nicht aber eine praktisch volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen. Solange die nationalen Grenzen in Europa aber nicht gefallen sind, wird man auf nationalwirtschaftlicher Ebene weiter denken müssen. Wenn man bei einer Internationalisierung der europäischen Industriezentren mit deutschen Objekten beginnen will, so dürften wir dagegen nichts einwenden, wenn wir nicht das fatale Gefühl dabei hätten, daß man bei der Internationalisierung auch mit den deutschen Objekten aufhören wird. Unter der veränderten weltpolitischen Konstellation bildet

Deutschland mit oder ohne Saargebiet, mit oder ohne Oberschlesien keine politische Gefahr mehr.

Daß man im Westen lieber gesehen hätte, wir hätten den für die Saarfrage aufgewendeten Atem für die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße verwendet, ist verständlich. Ich bin auch der Meinung, daß die allzu taktvolle Zurückhaltung der deutschen Stellen in der Anmeldung dieses Anspruchs allzu leicht nach Resignation aussehen könnte. Aber man müßte dem zugute halten, daß eine Anmeldung solcher Ansprüche zur Zeit nur rhetorischen Wert hat und daß diejenigen alliierten Stellen, die sie zur Kenntnis nehmen, wohl nur wenig in dieser Frage tun können. Trotzdem sollten wir mehr, als das bisher geschehen ist, die gesamtdeutschen Belange im Auge behalten, ganz besonders auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Auch ein ceterum censeo kann seine Früchte tragen.

Man sollte aber daraus nicht den Vorwurf ableiten, wir spielten ein doppeltes Spiel. Wenn wir glauben — aber ich glaube es tut niemand — wir könnten für unsere politische Entscheidung für Osten oder Westen politische Vorteile einhandeln, so wäre das wirklich ein frivoles Spiel. Denn es könnte für uns niemals gut ausgehen, wenn der eine Partner mit einem Arm voll Wasserstoffbomben und der andere Partner mit einem Arm voll Atombomben bereit steht. Bei einem solchen Entscheid stände bei uns zu viel auf dem Spiel: wir möchten weder Ostdeutschland noch die Freiheit verlieren. (h)

England und die Europäische Clearing-Union

Schatzkanzler Cripps' Weigerung, vor den Unterhauswahlen den Standpunkt seiner Regierung zur Frage der Europäischen Clearing-Union in wesentlichen Punkten zu modifizieren, ist nur allzu berechtigt. Beide Parteien haben sehr definitive Ansichten über Währungs- und Wirtschaftspolitik, denen Englands Haltung zur Europäischen Clearing-Union doch wohl unterzuordnen wäre. Der Schatzkanzler darf die Möglichkeit einer divergierenden Wirtschaftspolitik,

falls seine Partei in den Wahlen unterliegt, nicht außer Acht lassen

Seine Ratgeber sind keineswegs auf zweiseitige Abmachungen so versessen, wie man auf dem Kontinent oft glaubt — und wie sie es bis vor kurzem auch tatsächlich waren. Die Erfahrungen seit der Abwertung, besonders in Südamerika, wo Brasilien und Argentinien große Sterlingschulden abzutragen haben, weil sie nicht genügend Waren in England verkaufen können, waren in dieser Hin-

sicht lehrreich. Zwar stellen manche Wirtschaftler, wie Lord Balfour of Burleigh, Vorsitzender der Lloyds Bank, mit Mißbehagen fest, daß Exporte nach Westeuropa nur selten greifbare Devisen einbringen, also nicht zur Lösung des Dollarproblems direkt beitragen. Demgegenüber glauben aber andere einflußreiche Persönlichkeiten der City, vor allem unter den international interessierten Privatbankiers, daß das Sterling-Dollar-Verhältnis bei einer freizügigeren Politik Westeuropa gegenüber nicht unbedingt zu Schaden käme.

Das Uniscan-Abkommen zeigt an, daß die Regierung neuerdings dieser Schule näherrückt. Gewiß gehen die Zahlungserleichterungen zwischen Großbritannien und den skandinavischen Ländern nicht in allen Punkten so weit wie gehofft worden war, und ob alle Common-

wealth-Regierungen Londons Einladung folgen und mitmachen werden, bleibt abzuwarten. Aber Uniscan ist ein Anfang und nicht restriktiv gemeint, wie der Handelsvertrag mit Schweden und die schwebenden Verhandlungen mit Dänemark beweisen. Da die britische Zahlungsbilanz mit Skandinavien ausgeglichen ist, zögerte London nicht, auf eine Saldenbegrenzung zu verzichten, und englische Sachverständige würden auch in anderer Richtung nicht auf einer solchen bestehen, hätte die Clearing-Union nur kleinere Salden im laufenden Zahlungsverkehr zu begleichen. Sie fürchten aber, daß „chronische Gläubiger“ wie die Schweiz und Belgien (vielleicht auch die Bundesrepublik) England dauernd über dem „Goldpunkt“ halten, also zu Goldabgaben zwingen würden. (A., London)

Zahlungsbilanzposten sich progressiv verringern. Wie groß dieser Fehlbetrag tatsächlich aber ist, läßt sich nicht beurteilen. Während in Dänemark möglicherweise schon bald mit einer Entspannung der Zahlungsverhältnisse dem Ausland gegenüber zu rechnen ist, blieb Norwegen auch weiterhin hinter dem allgem. Aufschwung des europäischen Wirtschaftslebens zurück. Auch Norwegen hat jedoch inzwischen erkannt, daß das Tempo des Wiederaufbaues nach dem Kriege zu schnell geworden war! Zahlreiche große und kostspielige Neubauprojekte sollen nunmehr auf einen längeren Zeitraum verteilt werden, wobei als wichtiges Beispiel an die Handelsflotte erinnert sein mag.

Um das Entstehen von zwei Ländergruppen mit unterschiedlicher Währungs- und Zahlungsverhältnisse im nordeuropäischen Wirtschaftsraum zu vermeiden, können den schwächeren Ländern, also Dänemark und Norwegen, eine international garantierte Anleihe gewährt werden, mit deren Hilfe die Übergangszeit bis zur Rückkehr zu normalen Verhältnissen zu überbrücken wäre. Projekte dieser Art sind im übrigen schon des öfteren im Norden diskutiert worden. Durch eine derartige Anleihe könnte ferner vermieden werden, daß die erfreulichen Ansätze zur Liberalisierung des Außenhandels stecken bleiben. (dt., Stockholm)

Fehlbeträge und Überschüsse im Norden

Wie läßt es sich bei Schaffung einer zentralen Clearingstelle für die nordeuropäische Ländergruppe vermeiden, daß sich zwei Gruppen mit chronischen Überschüssen bzw. Fehlbeträgen herausbilden. In Schweden und Finnland ist es 1949 durch scharfe Importrestriktionen und gleichzeitig eine gewisse Erhöhung des Exports gelungen, die Handelsbilanzen ungefähr wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn diese Entwicklung auch 1950 weiter anhält, womit nach Lage der Dinge gerechnet werden darf, dann dürften Fehlbeträge im Außenhandel künftig so unbedeutend werden, daß sie durch andere Aktivposten der Zahlungsbilanz ohne weiteres auszugleichen sein werden. Unverändert ist jedoch bei beiden Ländern der Mangel an harten Valuten geblieben, der endgültig wohl erst nach grundsätzlicher Wiederherstellung der Währungskonvertibilität überwunden werden dürfte. Schweden und Finnland sind also schon jetzt zur Gruppe der Länder mit Überschüssen zu zählen.

Ganz anders liegen die Dinge für Dänemark und Norwegen. Beide Länder weisen sowohl in den Handels- wie Zahlungsbilanzen beträchtliche Fehlbeträge auf, die auch durch die vergleichsweise

hohen Schifffahrtseinnahmen noch auf lange Zeit hinaus kaum zu decken sein dürften. Selbst wenn der Export sich erhöhen lassen sollte, wird sich daran zunächst kaum viel ändern lassen, weil der sog. Nachholbedarf an wichtigen Importgütern als Folge der Kriegsschäden noch immer zu groß ist. Selbstverständlich wird der Fehlbetrag zwischen den für die Deckung des Bedarfs erforderlichen Aufwendungen und den Exporteinkünften plus anderen aktiven

Zur Frage der deutschen Auslandsvertretungen

Im Bundeskanzleramt der Bundesregierung ist zur Zeit das „Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland“ damit beschäftigt, eine Liste solcher Persönlichkeiten zusammenzustellen, die für den deutschen konsularischen Dienst in Betracht kommen. Allerdings werden diesen amtlichen Auslandsvertretungen vorerst noch eine Reihe politischer und obrigkeitlicher Befugnisse vorenthalten werden, die normalerweise zu den Obliegenheiten eines Konsulates gehören. Die Bonner Regierung legt deshalb umso mehr Wert darauf, mit den neuen Stellen eine leistungsfähige außenwirtschaft-

liche Interessenvertretung zu schaffen. Es ist geplant, in jeder Vertretung eine Wirtschaftsabteilung einzurichten, die von einem Handelsattaché geleitet wird, dem ein besonderer Außenhandelsreferent beigeordnet werden soll. Es wird daran gedacht, diese Stellen in erster Linie mit Männern der praktischen Wirtschaft zu besetzen.

An die leitenden Beamten dieser Wirtschaftsabteilungen werden hohe Anforderungen gestellt. Sie müssen nicht nur das Ausland kennen und Takt und Einfühlungsvermögen im Umgang mit den offiziellen und den Außenhandelskreisen ihres Aufenthaltslandes beweisen, sondern sie müssen

darüber hinaus auch noch eine gründliche Kenntnis der praktischen Wirtschaft und der zu wählenden volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Belange nachweisen können. Solche Begabungen sind selten.

In der Kaiserzeit und unter der Weimarer Republik haben wir die Tätigkeit unserer früheren Konsulate durch Zuweisung von Handels-sachverständigen leistungsfähiger machen wollen, doch war diesen Versuchen kein Erfolg beschieden. Handelssachverständige wurden nur einigen wenigen Gesandtschaften und Generalkonsulaten zugeteilt. Sie wurden schlecht bezahlt, trugen keine Amtstitel, hatten keine Aussichten auf spätere aussichtsreichere Beamtenlaufbahn und wurden nach Art der damals herrschenden Auffassung vom Primat des Voilbeamten bei ihren Amtskollegen dementsprechend eingeschätzt.

In der Weimarer Zeit waren die Arbeitsbedingungen der Handelsattachés zwar etwas besser. Aber weder ihre Stellung noch ihre Bezahlung, noch ihre Hilfskräfte entsprachen ihrer Qualifikation und den gestellten Anforderungen.

Lassen wir uns die Fehler der Vergangenheit und die Verknennung dieser Laufbahn zur Warnung dienen. Der Wirtschaftsbeamte, der das leistet, was unsere Außenhandelskreise heute unter erschwerten Verhältnissen erwarten, verdient die höchstmögliche Unterstützung. Für diese Laufbahn muß daher auch eine Besoldung geschaffen werden, die außerhalb des Rahmens der bestehenden Besoldungsgruppen liegt. Wenn ein Gehalt in der notwendigen Höhe nicht ausgeworfen werden kann, dann muß der Wirtschaftsbeamte über entsprechende Zulagen und Aufwandsentschädigungen verfügen dürfen. Kleinlichkeit in dieser Richtung wäre fehl am Platze. Die Öffentlichkeit wird diesmal vom Bundestag und Bundesrat erwarten dürfen, daß sie diesem Fehler der Vergangenheit nicht abermals verfallen. Die Ausgaben, die wir für die neue Laufbahn auswerfen, sind für die deutsche Volkswirtschaft werbende Ausgaben in des Wortes eigentlicher Bedeutung. (ck.)

Aschermittwoch

Wir geraten in eine Mühle hinein, die uns nur zu leicht zermahlen kann. Die innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten erfahren eine Zuspitzung, die leicht innerpolitische Schwierigkeiten auslösen kann. Die Arbeitslosigkeit hat einen Grad erreicht, der sich nicht mit Optimismus hinweg disputieren läßt. Die gegenwärtige Deflationspolitik erzeugt eine künstliche Kapitalknappheit, der das Gegengewicht der sinkenden Preise fehlt.

Ich habe die große Befürchtung, daß man auf Prinzipien reitet und dabei den freien Blick verliert, der nötig ist, um die gegenwärtige Krise mit wirklich allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu heilen. Es trifft nicht zu, daß sich der Arbeitslosigkeit nur mit Hilfe von Auslandskapital steuern läßt. Wir dürfen uns hierbei nicht auf ausländische Kapitalgaben verlassen, so willkommen auch kommerzielle Auslandskapitalien sein mögen. Ich glaube nicht, daß wir einen ausreichend kommerziellen Kredit besitzen. Wenn heute die amerikanische Presse bereits schreibt, wir strebten eine Vertagung unserer Auslandsschulden nur deshalb an, um neue Schulden aufnehmen zu können, die genau so wenig bezahlt würden, so dürfte damit eine eindeutige Beurteilung unserer Kreditwürdigkeit gegeben sein. Es werden also nur staatsgarantierte Auslandskredite zur Verfügung stehen, deren politischer Charakter nicht zu bestreiten ist.

Aus Furcht, in eine gelenkte Wirtschaft zu geraten, scheuen wir uns, überhaupt von uns aus irgendwelche Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Die USA. dürften das beste Beispiel dafür sein, daß sich Wirtschaftskrisen nicht ohne Wirtschaftspolitik meistern lassen und daß man deswegen noch lange nicht die freie Wirtschaft aufzugeben braucht. Wenn das System der freien Wirtschaft nicht diskreditiert werden soll, so ist es höchste Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Freiheit zu lenken. Die Deflationspolitik, in die wir hineingeraten sind, ist für unsere Wirtschaftslage das unangemessenste Mittel, das sich denken läßt. Sie wird verstärkt durch die systematische Entkapitalisierung eines unglücklichen Lastenausgleichs und den Zwang, alles Investierungskapital aus den Handelsspannen zu ziehen, was der Preissenkung gerade für lebensnotwendige Güter entgegenwirkt. Die hohe Investierungsquote, die unser schwer beschädigter Wirtschaftsapparat erfordert, läßt sich nicht aus der Konsumsphäre gewinnen, wenn man nicht der Kaufkraft einen schweren Schock versetzen will. Keine Deflationspolitik treiben, heißt noch nicht, Inflationspolitik treiben. Eine überspannte Deflationspolitik führt über Erhöhung der Tarife und Gebühren und eine darauf fußende Lohnsteigerung eher zur Inflation als die Politik einer gesteuerten Kredit-schöpfung, die gleichen Schritt mit der Produktionsausweitung hält. Die starken Absatzstockungen lassen eine unmittelbare Preiserhöhung nicht befürchten. Weigert man sich aber, Heilmittel anzuwenden, nur weil sie nicht in einem überlieferten Ärztebuch stehen, so läuft das Ärztebuch Gefahr, der Mißachtung anheimzufallen. (sk)

Vergütungen für die deutschen Auslandsvertreter

Für die Bemessung der Dienstbezüge der in das Ausland zu entsendenden deutschen Wirtschaftsvertreter dürften folgende Erwägungen bestimmend sein:

1. Zunächst ist der entsprechende Lebensstandard in dem jeweiligen Ausland zugrunde zu legen, der häufig über dem deutschen liegen wird.

2. Erfahrungsgemäß lebt außerdem der Ausländer teurer als der Inländer, auch noch, wenn er bereits geraume Zeit im Lande wohnt.

3. Ein Wohnsitz im Auslande hat regelmäßig erhöhte Aufwendungen für die Familie durch vorübergehende Trennung zur Folge. Dabei handelt es sich nicht nur um die Notwendigkeit von „Trennungszulagen“, sondern auch um regelmäßige Heimreisen von Frau und Kindern, die der Heimat nicht entfremdet werden dürfen.

Diese Erwägungen waren für die Festsetzung der Bezüge der Völkerbundsbeamten maßgebend. Man

ging von der Gehaltsskala des britischen civil service aus, gleich sie der teuren Lebenshaltung in der Schweiz an und setzte entsprechende Zuschläge fest. Im Gegensatz zum internationalen Beamten ist für den im Auslande tätigen nationalen Beamten noch folgendes zu beachten:

Sogenannte Repräsentationskosten dürften kaum erforderlich sein, zumal es sich nicht um diplomatische Missionschefs handelt. Der Vertreter eines armen Landes braucht nicht zu „repräsentieren“. Eine erfolgreiche Arbeit des Wirtschaftsvertreters bedingt aber eine ständige Fühlung mit denjenigen ausländischen Kreisen, auf die er zur Erlangung seiner Informationen und zur Pflege der zwischenstaatlichen Beziehungen offi-

zieller und privater Art angewiesen ist. Das ist mit gelegentlichen Frühstücksgesprächen nicht getan. Der Wirtschaftsvertreter und seine Ehefrau müssen gesellschaftlichen Verkehr pflegen und sich daher in Wohnung und Lebenshaltung den für ihn wichtigen Persönlichkeiten des Gastlandes wenigstens einigermaßen anpassen.

Die hierdurch entstehenden Besoldungskosten sind hoch aber unvermeidlich. Sie dienen nicht der Bereicherung des Auslandsbeamten, sondern der Erfüllung seiner Funktion. Tritt er in den Inlandsdienst zurück, so entfallen alle diese Vorteile automatisch und er teilt wieder die bescheidenen Lebensbedingungen seiner Inlandskollegen. (bd)

Berlin: Rekonvaleszenz mit Hemmungen

Zwei Berliner Briefe

Nirgends ist Pathos in der Regel so wenig angebracht wie im Ökonomischen. Im Falle Berlins aber ist die pathetische Feststellung gerechtfertigt: Durch den Übergang zur Westmark als dem alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in Westberlin ist der Schleier, der die soziale und wirtschaftliche Zerrüttung der Stadt verbarg, mit einem Schläge zerrissen worden: Berlin ist zum Notstandsgebiet der westdeutschen Wirtschaft geworden. Insoweit ist es berechtigt, davon zu sprechen, daß sich nach dem Währungsübergang die ökonomische Situation der Stadt geklärt hat, wenn dabei auch die unangenehmen Überraschungen alles andere überschatteten. Die Klärung der wirtschaftlichen Situation aber hat keine ausreichende Klärung der politischen Situation der Stadt gebracht. Die vielen Stellen politischer Verwundbarkeit sind auch nach Wegfall der Blockade geblieben, mußten bleiben, da sie nicht zufalls- sondern lagebedingt sind. Geblieben ist auch, wie sich sehr bald nach der Aufhebung der Blockade zeigte, der Wille des „östlichen Nachbarn“, seine ebenfalls lagebedingte Vorzugsstellung gegenüber dem „westlichen Außenposten“ voll auszunutzen. Nur die Taktik änderte sich — die Holz-

hammermethode wurde durch die Methode der Nadelstiche ersetzt, die man mit Geschick stets bis zur Grenze der weltpolitischen Gefahrenzone vortrieb. Die Nadelstiche richten sich vor allem gegen die Lebensader der Stadt, gegen die Zufahrtswege durch das östliche Gebiet: die angemessenen Kontrollen werden willkürlich gehandhabt, Verzögerungen werden arrangiert, kurz, man schikaniert Handel und Verkehr. Damit kann natürlich nichts Grundsätzliches erreicht werden. Das will man aber auch gar nicht; man will nur eine Atmosphäre der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit schaffen, die gerade das behindert, was Westberlin im Stadium der Rekonvaleszenz dringend braucht: Westaufträge mit entsprechender Rohstoffzufuhr und der Möglichkeit, pünktlich abzuliefern, dazu Kapitalimport aus dem Westen für die dringenden Nachhole-, Ergänzungs-, Umstellungs- und Rationalisierungsinvestitionen.

Die Hauptvoraussetzung dafür, daß Westberlin erhält, was es so dringend braucht, um zu einer wirtschaftlichen Erholung zu kommen, ist ein unbehinderter — der Willkür der östlichen Besatzungsmacht entzogener — Zugang auf dem Landwege. (H. S.)

Was soll die Parablockade?

Die neuerlichen Verkehrsbehinderungen an der Zonengrenze stellen eindeutig einen sowjetischen Vertragsbruch des Pariser Abkommens über Aufhebung der Transport- und Handelsbeschränkung zwischen Westberlin und Westdeutschland dar. Aber was bezweckt der Russe mit dem Wiederaufleben des Nervenkriegs? Die kommunistischen Erfolge in China und die Auseinandersetzung über die Saarfrage waren Wasser auf die russische Mühle. Und so liegt die Vermutung nahe, daß der Kreml es auf eine Probe abgesehen hat, was sich der Westen augenblicklich bieten läßt.

Trotzdem glaubt der Berliner nicht an eine neue Blockade. Der Russe pflegt keine Aktion zu wiederholen, von der er eingesehen hat, daß sie ohne Nutzen für ihn war. Es fragt sich aber, ob eine offene Blockade nicht vielleicht weniger gefährlich, als die jetzige Situation ist. Die Blockierung einer Millionenstadt mußte die Augen der Welt auf sich lenken, während eine Reihe von kleineren Maßnahmen, die das Westberliner Wirtschaftsleben auf die Dauer genau so empfindlich treffen wie eine völlige Blockade, nie die gleiche Reaktion in der Weltöffentlichkeit hervorrufen wird. Der Berliner redet von Schikanen, aber auch der „Kleine Mann“ ist sich darüber klar, daß sich hinter diesen Schikanen ein wirtschaftspolitisches Ziel verbirgt. Kaufleute aus der Ostzone sind der Ansicht, daß der Russe durch fortgesetzten Druck Westberlin am Aufblühen hindern will, weil er weiß, daß ein wirtschaftlich konsolidiertes Berlin die gefährlichste Propaganda gegen seine Ostrepublik wäre. Der Berliner Kaufmann vertritt den Standpunkt, daß die Grenzschwierigkeiten inszeniert werden, um die Bundesrepublik vom Interesse an Berlin abzuschrecken und die Westberliner Industrie, die ohne westdeutsche Aufträge nicht existieren kann, abzudrosseln. Und so zeigt sich die neue russische Methode als ein geschickter Schachzug, die Berliner Wirtschaftskrise zu verschärfen. (gp)